

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	9
		TOP:	7
Verhandlung		Drucksache:	-
		GZ:	
Sitzungstermin:	20.01.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	EBM Dr. Mayer		
Berichterstattung:	Frau Burmeister, Frau Todtenhaupt (beide HauptPersA)		
Protokollführung:	Herr Haupt / fr		
Betreff:	Lieferkonzept letzte Meile für den Lieferverkehr innerhalb der Stadtverwaltung - mündlicher Bericht -		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

EBM Dr. Mayer betont, das Projekt "Lieferkonzept letzte Meile" sei bereits in einer Sitzung des Verwaltungsausschusses (VA) im Februar letzten Jahres vorgestellt worden. Dies sei damals vor der Zuschlagserteilung in Bezug auf den Logistikpartner erfolgt. Dieser sei mittlerweile mit der Firma K-Logistik am Stuttgarter Flughafen gefunden worden. Letzte Woche sei die Situation vor Ort begutachtet worden und der Verwaltung sei hierbei die elektrische Sprinterflotte vorgeführt worden. Nachdem das Projekt im Februar starten werde, wolle die Verwaltung einen kurzen aktuellen Bericht über das Projekt abgeben.

An das strategisch aufgestellte Aktionsprogramm knüpfe das operative Projekt der letzten Meile als eine Maßnahme daraus an, so Frau Burmeister (HauptPersA). Der Start zum 01.02.2023 sei sehr zu begrüßen.

Frau Todtenhaupt (HauptPersA) betont, bislang laufe der aktuelle Lieferprozess in der Beschaffung auf die Art und Weise ab, dass die Rahmenvertragspartner einzeln alle Bedarfsstellen der Verwaltung anlieferten. Dies bedeute, jeder einzelne Rahmenvertragspartner fahre mit seinem Diesel-Sprinter oder Lkw mehrmals täglich in das Stutt-

garter Stadtgebiet ein. Daher habe die Verwaltung vor dem Hintergrund einer nachhaltigen Beschaffungsstrategie geprüft, wie neben den nachhaltigen Produkten auch ein Beitrag für die ganzheitliche Umsetzung des Klimaschutzes geleistet werden könne. Aus diesem Grund sei das Lieferkonzept letzte Meile ins Leben gerufen worden.

Daraufhin berichtet Frau Todtenhaupt im Sinne der angehängten Präsentation. Sie ergänzt hinsichtlich Folie 2, der neue Logistikpartner (Firma K-Logistik) werde am Flughafen die Lieferungen je Bedarfsstelle sortieren und diese anschließend einmal wöchentlich mit Fahrzeugen mit alternativen emissionsfreien Antrieben anfahren.

EBM Dr. Mayer betont, das Projekt sei nicht nur ökologischer, sondern ebenso aus ökonomischer Sicht sinnvoll. Abgesehen von der EU-weiten Ausschreibung habe die Verwaltung das Projekt sehr zügig umgesetzt. In diesem Zusammenhang äußert EBM Dr. Mayer seinen Dank an Frau Burmeister und Frau Todtenhaupt.

Die Thematik sei in ihrer Anfangsphase des Projekts bereits kurz in einer der vorherigen Sitzung des VA dargestellt worden, so StR Winter (90/GRÜNE). Die aktuelle weitere Entwicklung des Projekts sei außerordentlich zu begrüßen. Hinsichtlich des erwähnten Pilotprojekts seien andere Städte hieran sicher ebenso interessiert. Für die Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) stelle sich die Frage, wie ein solches Projekt noch breiter angelegt werden könne. Oftmals sei diskutiert worden, wie die Wirtschaft in der Stadt ihre Logistikkonzepte umstrukturieren könne. Der Stadtrat schlägt vor, aufgrund der Erfahrungen mit diesem Projekt gemeinsam mit der städtischen Wirtschaftsförderung eine Veranstaltung mit den entsprechenden großen Playern, wie beispielsweise dem Handel, durchzuführen. EBM Dr. Mayer betont, diesen Aspekt habe die Verwaltung bereits aufgenommen. Frau Aufrecht (L/OB-RZ) verzahne die Akteure für die City-Logistik, wozu unterschiedliche Ansätze mit Bedarfen und Hubs in der Stadt bestünden. Es sei erfreulich, dass die Verwaltung mit dem Projekt "Lieferkonzept letzte Meile" rascher als die Privatwirtschaft sei. Frau Burmeister ergänzt, ihr Team sei bereits im Austausch mit OB/82 und S/OB auf kurzer Arbeitsebene gewesen. Die Verwaltung wolle nach Projektstart zunächst zwei bis drei Monate abwarten, um die ersten eigenen Stolpersteine aus dem Weg zu räumen. Erst danach könne die flächendeckende Vermarktung des Konzepts angegangen werden. Hierbei sollten die Städtetags-Portale mit genutzt werden. StR Winter betont, der bereits vom Gemeinderat festgelegte CO₂-Preis und dessen Dynamisierung sei erfreulich, da sich daran zeige, dass sich derartige Maßnahmen nicht nur auf den ersten Blick als positiv erwiesen, sondern sich letztendlich ebenso positiv auf den Haushalt und die Budgets auswirkten. Dadurch werde eine hohe Akzeptanz erzeugt, zukünftig Zug um Zug emissionsfrei Lieferverkehre in der Stadt zu erreichen. Nicht nur die eigentlichen Fahrten würden emissionsfrei durchgeführt, sondern die Verwaltung habe aufgeführt, wie ebenso durch eine geeignete Logistik Fahrten insgesamt eingespart werden könnten. Zudem stelle sich die Frage, wie durch die Digitalisierung ein Schub bei der Verringerung der CO₂-Emissionen erzielt werden könne. StR Winter äußert sein Lob an EBM Dr. Mayer, da dieser dieses Projekt angeschoben und gemeinsam entwickelt habe. Das Projekt solle jedoch an dieser Stelle nicht enden, sondern neben der Wirtschaft in der Stadt sollten ebenso die städtischen Eigenbetriebe, wie z. B. der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft (AWS) von den Erfahrungswerten mitprofitieren.

StR Sakkaros (CDU) äußert sein Lob an dem vorgestellten Projekt und der darin beinhalteten Eigeninitiative. Andere Städte könnten die Erfahrungen dieses Projekt gerne übernehmen. Seiner Auffassung nach befinde sich das zentrale Lager am Flughafen bei der Logistikfirma. Auf seine Frage, ob sich die Elektro-Sprinter im Eigentum der LHS

befinden, wird dem Stadtrat signalisiert, die Fahrzeuge sind im Eigentum der Logistikfirma. Es sei offenbar der Fall, so StR Sakkaros, dass die einzelnen Liegenschaften sich selber um die Verteilung kümmern. Auf seine Frage, ob die Verteilung von einer städtischen Zentrale, wie beispielsweise dem Rathaus, an die Bedarfsstellen weiter erfolge, betont EBM Dr. Mayer, die Bedarfsstellen würden direkt beliefert.

Auf den Vorschlag von StR Sakkaros, das Konzept "Pedelects" ("Pedal Electric Cycle") in das Projekt zu integrieren und die Waren, wie Bürobedarf, von Gebäude zu Gebäude zu transportieren, betont EBM Dr. Mayer, angesichts des Umschlags der großen Mengen sei ein Einsatz von Pedelects nicht möglich.

Für StR Sakkaros stellt sich die Frage, ob der Transport nicht über einen gewöhnlichen KEP-Dienstleister (Kurier-, Express- und Paketdienstleistungen) abgedeckt werden kann. Schließlich werde beispielsweise die DHL ebenso mit CO₂-Neutralität. Frau Todtenhaupt betont, aktuell arbeite die Verwaltung nicht mit KEP-Dienstleistern in der Beschaffung zusammen, da eine besondere Anliefermodalität "frei-Verwendungsstelle" vorliege, welche eigentlich bis zum Arbeitsplatz der jeweiligen Bedarfsstelle reiche. Diesen Aspekt böten die KEP-Dienstleister nicht. Daher lieferten die Rahmenvertragspartner selbst aus, was für die Verwaltung ein geeignetes Konzept in der Vergangenheit gewesen sei. Auf diese Weise werde der neue Logistikdienstleister ebenso vorgehen.

Es habe sich um einen mitreißenden Vortrag zu diesem Thema gehandelt, betont StRin Schanbacher (SPD), da aus ihm die Begeisterung der Verwaltung hervorgegangen sei. Es deute sich ein erfolgreicher Verlauf des Projekts an - nicht zuletzt aufgrund der großen Einsparung von ca. 35.000 t CO₂ über vier Jahre. Die Finanzierung des zunächst über vier Jahre finanzierten Projekts habe im Jahr 2019 begonnen und werde dieses Jahr enden. Daher stelle sich die Frage, wie es aktuell mit dem Projekt weitergehe, da sonst Gelder in den nächsten Doppelhaushaltsplanberatungen nachgeschossen werden müssten. EBM Dr. Mayer betont, da das Projekt sei für den laufenden Doppelhaushalt finanziert sei, würden für das Jahr 2024 keine Gelder für das Projekt zur Verfügung stehen. Daher müsse spätestens zwar nicht in den jetzt anstehenden aber in den nächsten Haushaltsplanberatungen Ende 2023 für 2024 und 2025 die Frage geklärt werden, wie im Anschluss weiter finanziert werden solle. Aus seiner Sicht sprächen viele Argumente für die Fortführung des Projekts, so EBM Dr. Mayer.

Den Vorschlag von StR Winter, das Projekt weiter auszuweiten, bezeichnet StRin Schanbacher als sehr gut. Daher stelle sich die Frage, ob in dem Depot am Flughafen noch zusätzlicher Platz zur Verfügung gestellt werden könne. An diesem Projekt werde deutlich, dass derartige Maßnahmen klimatologische Vorteile mit sich brächten und gleichzeitig die Prozesse völlig neu überdacht würden. Als Synergien zeigten sich die Steigerung der Zuverlässigkeit der Beschaffung und der Einstieg in die Digitalisierung.

StR Gottfried (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) betont, ein derartiges Lieferkonzept stelle einen Beitrag für die Verkehrswende dar. Neben der Senkung der CO₂-Emissionen werde der Verkehr, der Lärm und der Feinstaub reduziert. Das Projekt bringe ökologische und ökonomische Vorteile mit sich. Er erkundigt sich, ob zukünftig lediglich die Stadtverwaltung, oder ebenso die gesamte Stadt das Konzept übernimmt. Ebenso stelle sich die Frage, ob derzeit bereits Logistikpartner wie die DHL oder die GLS bestünden.

Das Projekt sei wichtig und wegweisend, lobt StR Ozasek (PULS). Schließlich werde die Omnipräsenz der Sprinter auf den Straßen, Plätzen und Fußgängerzonen immer mehr spürbar. Diese Liberalisierung bringe einen negativen Impact auf die Stadt mit sich. Nun reorganisiere die Verwaltung im Kleinen, was ebenso im Großen benötigt werde: Dies betreffe die Bündelung der gesamten Distributionsprozesse. Allein den Aufwand der städtischen Dienststellen für die ständigen Liefervorgänge könne man sich nicht vorstellen und in diesem Bereich könnten noch zahlreiche Effizienzen gehoben werden. Ebenso wäre ein anbieterübergreifender Logistik-Hub in der Innenstadt wünschenswert, um eine deutliche Entlastung zu erreichen und die Innenstadtlogistik völlig neu aufzustellen. In Bezug auf den erwähnten Pilotcharakter betont der Stadtrat, er hoffe, die Verwaltung dokumentierte das Projekt sehr gut und mache dies anderen Kommunen zugänglich. Er könne sich vorstellen, das Projekt als "Best-Practice-Modell" bei der Fachzeitschrift "Städtetag aktuell" zu platzieren, in der häufig sehr gute Beiträge in der Form veröffentlicht würden, wie Kommunen Probleme angehen.

StR Dr. Oechsner (FDP) erkundigt sich hinsichtlich der aufgezeigten Einsparung von 25.000 t CO₂, welchen Anteil hiervon die ökostrombetriebenen Fahrzeuge ausmachten. Außerhalb der LHS werde mit dieselbetriebenen Fahrzeugen angeliefert, was in die CO₂-Bilanz von Leinfelden-Echterdingen einfließe. Danach werde mit elektrischen Fahrzeugen in die Stadt weitertransportiert. Es stelle sich daher neben der Frage des Anteils der ökostrombetriebenen Fahrzeuge die Überlegung, wieviel Fahrtstrecke eingespart werde. Schließlich sei der entscheidende Punkt, die Kilometer-Leistung zu reduzieren. Es sei begrüßenswert, ein Gesamtlogistikkonzept in der LHS zu einem entsprechenden Zeitpunkt zu installieren. Der Aspekt der eigenen Umsetzung des Projekts durch die Stadt zeige den anderen Bereichen der LHS, dass es funktioniere. Schlussendlich werde möglicherweise eine finanzielle Einsparung realisiert. Der zentrale Aspekt sei das Umdenken in der Bestelllogistik der einzelnen Institutionen, die frühzeitiger die Bestellung ihrer Ware planen sollten. Die zentrale Frage sei die, ob elektrisch betriebene Fahrzeuge für die letzte Meile zwingend nötig sein müssten, um eine CO₂-Einsparung zu erreichen, oder ob der Haupteffekt durch die Einschränkung der Fahrtstrecke entstehe. Während in der Präsentation zwar der Aspekt der Herstellung von E-Fahrzeugen miteingerechnet worden sei, werde jedoch die Entsorgung der Batterien nicht berücksichtigt. EBM Dr. Mayer betont, die Einsparung an CO₂-Emissionen ergebe sich aus beiden von StR Dr. Oechsner angesprochenen Aspekten: Zum einen würden durch die Zentralisierung und Bündelung die Fahrwege eingespart, zum anderen würden die CO₂-Emissionen durch den Einsatz der Elektroflotte verringert. Die Verwaltung habe sich für einen Logistikpartner entschieden, der von der Elektromobilität völlig überzeugt sei. Die Elektro-Sprinter seien nicht nur wegen der Verwaltung angeschafft worden, sondern das Unternehmen sei selber daran interessiert. Dies betreffe ebenso den Einsatz der Elektrofahrzeuge im überörtlichen Verkehr. Allerdings argumentiere das Unternehmen, entsprechende Produkte im Schwerlastverkehr in Bezug auf elektrische Lkw existierten nicht. Frau Todtenhaupt ergänzt, der größere Anteil an der CO₂-Reduzierung resultiere aus den E-Fahrzeugen und dem Ökostrom. Der Ökostrom mache beim Laden etwa 10 bis 15 Prozent aus, allerdings könne sie zu weiteren konkreteren Werten keine Angabe machen.

Das Projekt werde am 1. Februar 2023 starten, was zu begrüßen sei, so StR Zaiß (FW). Allerdings werde bereits zum jetzigen Zeitpunkt diskutiert, welchen Kommunen das Konzept vorgeschlagen werden solle. Falls erst nach einem gewissen Zeitpunkt nach Beginn des Projekts festgestellt werde, dass es funktioniere, werde er sich der Weitergabe von Erfahrungen nicht entgegenstellen, so der Stadtrat. Es bestehe zwar kein

Zweifel über die Vorteile von E-Fahrzeugen, aber es stelle sich die Frage, ob die gesamte Logistik über den Flughafen abgewickelt werden müsse. Schließlich würden in der Stadt auch Materialien mit hohem Gewicht benötigt, welche nicht umgeladen werden könnten. In diesen Fall müsse das Fahrzeug des Lieferanten den Empfänger direkt anfahren. Bei Verbrauchsartikeln für den Bürobedarf stelle sich die Situation daher völlig anders dar, als wenn hohe Gewichte transportiert würden. Frau Todtenhaupt betont, die Verwaltung untersuche, ob eine Auslieferung von Lieferungen mit hohen Gewichten durch E-Fahrzeugen möglich sei. Daher würden die Prämissen in Rahmenverträgen dahingehend geprüft, ob es sich um kleinteilige Produkte handle, die sich für das Konzept eigneten, oder ob es Produkte seien, für die eine gesamte Tour nötig sei. Für den letzteren Fall mache das Konzept aus Sicht der Fahrkilometer keinen Sinn. Im Zusammenhang mit dem Thema Zugänglichkeit zu anderen Kommunen betont Frau Todtenhaupt, sie sei Mitglied in einer Arbeitsgruppe für nachhaltige Beschaffung gemeinsam mit anderen großen Kommunen wie Hamburg und Berlin, aber auch Bundesländern wie Schleswig-Holstein. Durch diesen Weg versuche die Verwaltung, das Konzept dort besser zu platzieren. Ebenso würden alle anderen Kanäle bespielt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen stellt BM Pätzold Kenntnisnahme des Berichts durch den Ausschuss für Klima und Umwelt fest.

Zur Beurkundung

Haupt / fr

Verteiler:

- I. Referat AKR
zur Weiterbehandlung
Haupt- und Personalamt
weg. VA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
S/OB-Mobil
Stabsstelle Klimaschutz
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
SWS
 4. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
 5. BVin Mitte
 6. Amt für Revision
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand